

## **Erklärung des ver.di-Ortserwerbslosenausschuss Hannover zum Bündnis „Hannover für den Mindestlohn“**

Die Mindestlohnforderung unterstützen wir grundsätzlich, weil sie unsere unmittelbare Situation ein wenig verbessert. Sowohl unsere Situation als Arbeitssuchende, die Löhne unter einem so gezogenen Niveau nicht annehmen müssen, als auch unsere Situation als Erwerbslose, deren Regelsatz dann zwangsläufig dem Lohnniveau folgen muss. Die Qualität der Forderung liegt aber auch darin, dass sie einen teilweisen Bruch mit der neoliberalen Ideologie und der entsprechenden Standortpolitik markiert. Also mit diesem „niedrige Löhne sind gut für die Wirtschaft und wenn's der Wirtschaft gut geht, gehts uns allen gut.“

Wenn heute 80% der Bevölkerung gegen Armutslöhne sind und einen Mindestlohn wollen, dann ist dies auch eine emanzipatorische Abkehr von der Agenda 2010 der Schröder-Fischer-Regierung, welche vorbehaltlos Kapitalinteressen unterstützte und dies als alternativlos bezeichnete.

Die Aufgabe der Gewerkschaft wäre es, diese Stimmung ausserparlamentarisch zu organisieren, Gegenmacht zu entwickeln und kämpferisch gegen Kapitalinteressen und für die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zuzuspitzen.

Dieser Aufgabe wird bereits die Forderung nach 7,50 Euro nicht gerecht. Die Unterbietung von Mindestlöhnen vergleichbarer Volkswirtschaften in Westeuropa versucht weiterhin dem Kapital Standortvorteile zu verschaffen.

Das Bündnis „Hannover für den Mindestlohn“ geht noch einen weiteren Schritt zurück. Hier wird nicht mehr die Bevölkerung mobilisiert, sondern die bürgerlichen Kräfte in Gestalt von neoliberalen Parteien oder Kirchen. Sogar eine Aktion „Unternehmer für den Mindestlohn“ wäre noch salonfähig. Dabei ist klar, dass ein Mindestlohn bereits unvermeidbar geworden ist. Das ist auch dem Kapital deutlich, denn sonst würden dort nicht branchenbezogene Mindestlöhne unter 7,50 Euro gefordert. Den Verwaltern der Kapitalinteressen, wie SPD und Bündnis90/Die Grünen, geht es deshalb vor allem um Schadensbegrenzung. Bündnis90/Die Grünen erklärt dazu auf der Internet-homepage im Papier „Grüne Marktwirtschaft“ „Würde er [der Mindestlohn] eingeführt, wären vermutlich umfangreiche Arbeitsplatzverluste und Abwanderung in die Schwarzarbeit die Folge“. Ziel der Partei ist daher vor allem, dass ein unvermeidbarer Mindestlohn „nicht zu hoch“ ausfallen darf. Die SPD hat dagegen das Problem, dass sie ohne starke Anbindung an die Gewerkschaft bei der nächsten Wahl die 20-Prozent-Hürde nicht mehr schaffen wird. Sie hat keinen Spielraum mehr, sich offen gegen die Mindestlohnforderung zu stemmen. Sie versucht daher nach dem Muster „Atomausstieg“ den Einstieg in den Mindestlohn so zu Verzögern und zu Differenzieren, dass Kapitalinteressen nicht mehr bedroht werden.

Für die Durchsetzung des Mindestlohns sind Bündnisse mit SPD oder Bündnis90/Die Grünen deshalb weder erforderlich noch nützlich. Ein solches Bündnis hat aber einen Effekt und vermutlich auch ein Ziel. Indem die neoliberalen Protagonisten einbezogen werden, wird der Bruch mit der neoliberalen Ideologie in der Bevölkerung gekittet. Ausbeuter und Ausgebeutete werden wieder sozialpartnerschaftlich in eine „Gemeinschaft der Demokraten“ geführt und sitzen wieder in einer gemeinsamen Galeere.

Wenn demnächst ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird, dann wird er zu niedrig sein, um davon leben zu können. Für eine Erhöhung wird dann eine kampfbereite „Zivilgesellschaft“ gebraucht. Durch eine Orientierung auf „Sozialpartnerschaft“ und „regierungsfähige“ Parteien verschenkt der DGB Niedersachsen/Mitte die Entfaltung dieser Durchsetzungsfähigkeit.

Wir unterstützen weiter die Forderung nach einem Mindestlohn, VON DEM MAN LEBEN KANN. Der muss daher mindestens 10 Euro betragen und laufend an die Inflation angepasst werden. Wir sehen darin eine Abwehrmöglichkeit gegen Niedriglohnstrategie und Lohnsubventionierung, mit der das Kapital den tendenziellen Fall der Profitrate beantwortet. Das Bündnis „Hannover gegen den Mindestlohn“ teilt unsere Ziele nicht. Wir verstehen uns daher nicht mehr als Teil dieses Bündnis. Wir werden jedoch weiter einzelne Aktionen zum Thema unterstützen oder ggf. kritisch begleiten.

ver.di-Ortserwerbslosenausschuss Hannover, der Vorstand, Hannover den 18.06.2008